



## Blickpunkt: Diesseits

---

**Das Magazin aus Religion und Gesellschaft**

Sonntag, 20. November 2011, 07.05 Uhr und 12.05 Uhr

Der Fall der vietnamesischen Familie Nguyen  
Kirchen in Niedersachsen überprüfen Mitarbeit  
in Härtefallkommission  
Von Brigitte Lehnhoff

Redaktion: Florian Breitmeier  
Norddeutscher Rundfunk  
Religion und Gesellschaft  
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22  
30169 Hannover  
Tel.: 0511/988-2394  
[www.ndrinfo.de](http://www.ndrinfo.de)

**- Unkorrigiertes Manuskript -**

**Zur Verfügung gestellt vom NDR**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Es ist wie ein Ritual, das sich nach stets gleichen Regeln wiederholt: Gut integrierte Flüchtlinge werden in Nacht-und-Nebel-Aktionen abgeschoben, Menschen aus ihrem Lebensumfeld protestieren dagegen, stets unterstützt von Kirchengemeinden und Flüchtlingsorganisationen. An der Politik in Niedersachsen ändern die Proteste jedoch nichts. Auch die wahrscheinliche Rückkehr der abgeschobenen vietnamesischen Familie steht nicht etwa für einen Politikwechsel. Dass der Innenminister eingelenkt hat ist allein dem massiven öffentlichen Druck geschuldet.

Daraus wollen die christlichen Kirchen in Niedersachsen und ihre Wohlfahrtsverbände nun endlich Konsequenzen ziehen. Voraussichtlich noch Ende November werden sie entscheiden, unter welchen Bedingungen sie in der Härtefallkommission bleiben. Dieses beim Innenministerium eingerichtete Gremium kann in Einzelfällen die Abschiebung verhindern und Flüchtlingen zu einem dauerhaften Bleiberecht verhelfen. Die Kirchen kritisieren die Regularien der Härtefallkommission als unbarmherzig. An diesen Regularien war auch die abgeschobene vietnamesische Familie gescheitert, obgleich sie seit fast 20 Jahren in Deutschland lebte.

Der Rückzug aus der Härtefallkommission wäre ein Signal an Landesregierung und -politik, das in beiden Kirchen jedoch kontrovers diskutiert wird. Die Gründung der Kommission vor fünf Jahren sei eine Errungenschaft gewesen, dieses wenn auch schwache Interventionsinstrument dürfe nicht aus der Hand gegeben werden, man müsse im Dialog bleiben. So die eine Meinung, deren Vertreter offenbar auch auf die nächste Landtagswahl spekulieren und auf einen neuen umgänglicheren Innenminister setzen.

Überzeugender ist die Haltung derjenigen, die es satt haben, dass die Kirchen in der Härtefallkommission das Feigenblatt für eine rigide Flüchtlingspolitik abgeben. Sie fordern eine klare Haltung der Kirchen. Eine, die unmissverständlich signalisiert, dass die Sorge um Schwache und Entrechtete den Kirchen wichtiger ist als ein verträgliches Auskommen mit Politikern. Diese Position fordert der Innenminister mit seinem neuesten Vorhaben geradezu heraus. Nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks kursiert derzeit im Innenministerium ein Entwurf, wonach Uwe Schünemann es Flüchtlingen zwar erleichtern will, die Härtefallkommission anzurufen. Waren sie zuvor jedoch in ein Kirchenasyl geflüchtet, sollen sie keine Chance mehr auf Anhörung haben.

„Würde aus diesem Entwurf tatsächlich ein Gesetz, wäre das für die Kirchen eine ungeheure Provokation. Denn das Kirchenasyl ist ein Kulturgut. Es stünden Grundsätze zur Disposition, für die die Kirchen in Niedersachsen seit vielen Jahren stehen“, sagt der Braunschweiger Bischof Friedrich Weber, Gründungsmitglied der Härtefallkommission.

Die Geschichte der Christenheit ist eine Geschichte von Flucht und Vertreibung. Es ist also ureigene Aufgabe der Kirchen, den Vielen eine Stimme zu geben, die hier eine Heimat suchen. Dafür brauchen die Kirchen keinen Sitz in der Härtefallkommission, dafür brauchen sie mutige und couragierte Menschen wie in Hoya, die immer wieder Druck von unten machen.